

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Landesregierungen Sachsen und Preußen-Litauen

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6500.— M., unter Abzug für Deutschland wöchentlich 2500.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Verwaltung: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9-spaltige Kopierzeile 200.— M., auswärts 2500.— M., die 9-spaltige Reklamezeile 2000.— M., auswärts 2500.— M., Ausland 3000 u. 6000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwechsel, 200 M.

Nr. 125

Dresden, Freitag den 1. Juni 1923

34. Jahrg.

Untergang des Abendlandes?

Es ist bezeichnend für das gegenwärtige Stadium der kapitalistischen Wirtschaft und der bürgerlichen Gesellschaft, daß ihr einziger Prophet Oswald Spengler ist, und ihr einziges zeitgemäßes philosophisches Werk: „Untergang des Abendlandes“. Ohne Zweifel: wohin wir blicken: Verfall, Verfall! Staat, Länder und Gemeinden verkrüppeln sich in Tausende von machtlosen Krüppeln, die in Gestalt von Parlamenten, Kollegien, Ausschüssen, Kommissionen, Ämtern und Ministerien plan- und ziellos von egoistischen Interessengruppen auf und ab, hin- und hergeschoben werden, ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl, rücksichtslos gegen den Nachbarn und Schwachen. Bankrott und Verfall, zerrissen und zerfallen liegt der Staat radebreit am Boden, nicht wissend, ob die Schläge von außen eher den Tod bringen, denn die Reuehiebe, die er Tag für Tag von den eigenen Patrioten erhält.

König und Fürsten sind verfunken und vergessen, doch Industriebarone, Kohlen- und Erzbergbesitzer mächtiger und gemeingefährlicher als je ein großerberauschter Imperator von Gottes Gnaden. Parlamente beraten und beschließen, Regierungen verordnen, Beamte führen aus oder verhindern, Gesetze, Verordnungen, Paragraphen über Paragraphen werden verfaßt und erlassen: Stimmes aber regiert, diktiert und gebietet nicht Politik in einer einzigen Stunde, als alle andern zusammen in hundert Tagen. Der Staat ist zerfallen; die „Wirtschaft“ triumphiert. Der Staat ist verarmt, die Wirtschaft verdient sich zu Tode. Der Staat ist entmannt, entwaffnet; die Wirtschaft ist demant, bewaffnet sich. Sie gründet und unterhält ihre eigenen Schutzgarden, ihre Hitler- und Faschistenbanden, ihre gelben Organisationen, ihre „vaterländischen Verbände“, die mit Sekel, Regelschlägen und Fußball beginnen, mit militärischen Paraden, Bombenwürfen und Mordtaten enden. Bismarck, der Reichsgründer und Staatsführer, hatte eine Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Herr Stinnes, der Staatsgründer, hat eine Deutsche Allgemeine Zeitung und zweihundert andre dazu. Telegrammbüros, Zeitungen, Agenturen, Schreiber, Kulis und Soldaten in ungezählten Mengen. Armer Bismarck! Mit einem solchen Heer hätte er 1890 Wilhelm II. davongejagt, nicht umgekehrt.

Verfall, Verfall! Die Justiz ist zur Dienerin der bürgerlichen Gesellschaft geworden. In den juristischen Wägen sind die Sünden frommer Scheu. Die Moral ist im Stahlbad des Krieges vergilbt, Gefängnis und Justizhäuser fassen nicht mehr die Ueberjahre der Verbrecher, gewachsen auf dem Sumpf- und Schlammboden des Hinterlandes, der Etappe, der Eskadrierfelder, die gedüngt wurden mit dem Fleisch und dem Blut von 10 Millionen der besten Menschenleiber.

Verfallen ist der Mittelstand. Lautlos sinken täglich Tausende der einst kulturtragenden Schicht ins Proletariat, ja tiefer, ins Lumpenproletariat. Sie werden die Schmutz- und Dreckkinder vom Dollar, vom Gehalt, vom Besitz Gemeinlichen und Gebildeten, die über Gesetz und Staat hinweg eigene Gesetze und eigene Staaten, Kräfte und Kongerne gebären und wie Wolpen mit tausend Saugarmen täglich andre Existenzen aufsaugen müssen, um leben zu können. Und immer rasender wird diese Entwicklung, immer unerbittlicher, immer roher und erbarmungsloser. Und die Ausgesaugenen, die Enterbten, die Armen? Zum Teil laufen sie zu dem Landbesitzersführer, zur Kartenschlägerin und träumen offenen Auges von der Montardie, die ihnen Symbol ist für verkrüppelte und wiederkehrende Herrschaft. Ein frommer Glaube, der nie Wirklichkeit sein wird.

Ist es von ungefähr, daß solche Zeit ihre Philosophie vom Untergang des Abendlandes schuf? Eine Zeit, in der nur der kraft Egoismus regiert, Kriegsbeschäftigte, Säuglinge, Kranke und Schwache reihenweise niedergemäht werden, im Angesicht von Luxus, Villen und Schlemmerei. In einer Zeit, da in den Großstädten allabendlich Tausende und Zehntausende ohne Obdach umherirren, die Arbeiterkassen in den engen, verpesteten Stuben schredliche Döner fordern, während Licht und Glanz aus Tausenden von Bars, Weindiehlen und Riefenprunkhochzeiten auf die Straßen strahlen, wo die Witwen und Greise auf Bettel und Barmen anstehen? In einer Zeit, da siegreiche Schieber die besiegten Grundbesitzer, herrschende Richter die parteifeindlichen Angeklagten ebenso behandeln, wie siegreiche Regierungen die besiegten Völker? Untergang des Abendlandes, Jamahl! wenn ihr unter Abendland eine untergeordnete Bekleidungsperiode, eine Wirtschaftsordnung versteht, die in Europa Millionen verküppelt und erstickt läßt, während sie in Argentinien und Nordamerika seit Jahren Welken und Matsch aus Ueberfluß ins Meer versenkt oder als Feuerungsmaterial verbrennen läßt! Eine solche Art von Wirtschaft kann nicht bestehen, wird nicht bestehen.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihrem Untergang entgegen; ihre Krisen sind der Verfall und die Fäulnis der bürgerlichen Gesellschaft; das Weh der Zeit sind die Wehen einer neuen Zeit und einer neuen Ordnung, die sich ankündigt: der sozialistischen. Niemand kann berechnen, wie lange die Uebergangsperiode dauert, wie schwer die Wehen sein werden. Sie werden bedungen von dem Maß unserer Erkenntnis, von dem Geist, dem Willen und der Kraft der proletarischen Massen, nicht zuletzt aber von der Stärke und dem Anpassungsvermögen der imperialistischen Gegenkräfte der Siegerstaaten, die neues Kolonialland und neue Wurzeln in den besiegten Ländern suchen. Vielleicht gelingt es noch ein-

mal dem Kapitalismus der Entente, durch die Zerbrüderung der besiegten Nationen, durch die Verkrüftung Europas eine Atempause von einigen Jahren zu gewinnen. Das Chaos würde dadurch nicht geringer, der Klassenkampf nicht schwächer, die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft nicht weniger notwendig und weniger siegesgewiß.

Deutschland ist in dem wirtschaftlichen und politischen Prozeß, den Europa durchläuft, weit voran. Als besiegte und vom politischen Untergang bedrohte Nation wird es nur leben, wenn es die neue Zeit früh erkämpft und sich allen Ländern voran, mit ihrem Geiste durchdrängt. Was der 9. November 1918 errungen hat, die politische Demokratie, war längst reif und fällig. Es genügt nicht: wirtschaftliche Demokratie ist die Forderung des Tages. Siegreiche Stabilisierung des Staatsgedankens gegenüber staatszerstörenden Kräften der Wirtschaft! Nur dann ist eine äußere und die innere Erfüllungspolitik möglich, wenn Deutschland leben will. Wie im Krieg, so sind auch heute die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Arbeiterklasse die einzig wahre nationale Parole.

„Untergang des Abendlandes“ ist für alle, die keine Geschichte kennen, die die Geschichte von Klassenkämpfen ist. Das Proletariat sieht eine neue Zeit, eine neue Ordnung, an die es glaubt, für die es kämpft und die einen neuen besseren Geschichtsabschnitt für Europa und die Menschheit einleiten wird, als alle vorhergegangenen.

Ein Wind aus England

Nach Londoner Meldungen fordern maßgebende englische Zeitungen am Donnerstag eine baldige Regelung der Reparationsfrage, die das Ziel der englischen Politik sei. Im gleichen Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß die Befehle des Reiches sich endgültig als schädlich für die wirtschaftlichen Interessen Englands herausgestellt habe und Anzeichen vorhanden seien, daß sowohl Deutschland wie Frankreich den Konflikt beenden wollen. Die Times schreiben unter anderem: Deutschland könne den Kon-

flikt beseitigen, indem es in klaren Worten ohne Einschränkung das in seiner letzten Note gemachte Angebot wiederhole, die Frage zur Entscheidung an einen internationalen Ausschuss von Sachverständigen zu überweisen. Es scheint sicher, daß diese Äußerungen offiziell beeinflusst sind und mit dem Rabinetswechsel in England in Zusammenhang gebracht werden müssen. Gewiß kann eine Regierung Zeitungskommentare nicht zur Grundlage ihrer Politik nehmen, aber dennoch glauben wir, daß die Reichsregierung schon auf Grund ihrer Informationen aus dem Entente-Ländern Anlaß hat, die Äußerungen der Times ernst zu nehmen und schnell ein Angebot zu machen, das sich auf den letzten Vorschlag stützt, jedoch in erster Linie in Bezug auf die Summe und die Garantiefrage wesentlich klarer ist und die rein politischen Fragen vorläufig in den Hintergrund stellt.

Der englisch-russische Konflikt

Die Krise hatte sich durch das Verhandeln Koffins in London gemildert, doch scheinen sich jetzt die Gegensätze wieder zu verschärfen, da England auf den heißen Punkt der Anerkennung der russischen Schulden durch die Sowjetregierung zurückkommt. Die englische Antwort — so meldet Reuters — sehe das letzte Angebot der russischen Regierung mit geringen Korrekturen als befriedigend an. Aber sie erklärt, daß die russische Antwort im Punkte der antibrutischen Propaganda in Äthiopien unbefriedigend sei und wiederhole die Forderung nach Abberufung der russischen Vertreter in Teheran und Kabul. — Nach einer Moskauer Meldung erklärte Tschischewin, wenn Großbritannien auf dieser Forderung bestände, sei der Bruch unvermeidlich.

Im englischen Unterhause sagte Premierminister Baldwin, daß er reiflos die von Lord Curzon am 21. November 1922 gemachte Erklärung unterschreibe, wonach England die Moskauer Regierung offiziell nicht anerkennen werde, bevor diese nicht die englischen Forderungen erfüllt habe.

Der Großindustrielle Arquat erklärte, Rußland müsse die Reparationsschulden anerkennen und bezahlen, sonst müßte die englische Industrie einen Wirtschaftskampf gegen Rußland führen und auf die militärische Intervention der Regierung hoffen. Das gleiche hat eine Gläubigerversammlung mächtiger Kapitalisten und Banken beschlossen. So stehen sich die Differenzen an. Inzwischen rüsten beide Mächte — auf dem

Nur keine Verdunkelung!

Aus guten Gründen und mit gutem Recht hat die Sozialdemokratie es abgelehnt, die notwendigen Opfer des Besieges zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen an bestimmten Bedingungen knüpfen zu lassen. Es ist bemerkenswert, daß auch der Sozialdemokratismus sich demgegenüber, die Form des Industrieangebots als nicht glücklich bezeichnet und im gleichen Zusammenhang betont, daß die Verhandlungen über die Garantieforderung nicht zu einer Nachfrage der Wirtschaft gegenüber dem Staat werden dürfen. Die Fassung des Industrieangebots und das Verhalten des übergroßen Teiles der Wirtschaft bei andern Angelegenheiten lassen aber keinen Zweifel darüber, daß der Reichsverband in der Tat den Augenblick für gekommen hielt, die Not des Reiches erneut zur Verwirklichung langjährigter Modifizierungsansprüche. Wenn jetzt der Deutsche Gewerkschaftsbund (Schriten), ohne hierzu Anlaß zu haben, gegenüber der Stellungnahme der Sozialdemokratie die Behauptung aufstellt, daß ein wesentlicher Teil der jetzt von den Industriellen geforderten Voraussetzungen zur Opferbereitschaft in der Note vom 14. November 1922 enthalten war, so stimmt das nicht nur, sondern beweist auch das innige Verhältnis dieser Gewerkschaft zu den Organisationen der Arbeitgeber.

Ein Vergleich des Industrieangebots bzw. seiner Voraussetzungen mit der Note vom 14. November 1922 zeigt, daß die Behauptung des Deutschen Gewerkschaftsbundes falsch ist. Gewiß hat sich das Rabinett Wirth damals unter dem Druck der Verhältnisse und der Voraussetzung eines vierjährigen Moratoriums bereitwillig, durch innere Reformen seine Ausgaben einzulockern und seine Einnahmen zu erhöhen. In diesem Zweck war die Aufhebung aller entbehrlich werdenden Behörden, die Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, die Vermeidung unproduktiver Ausgaben, die Beschränkung der gescheiteren Maßnahmen, die dringliche Ausgaben der Reichsbetriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität gelang. Außerdem sah die Note vom 14. November eine Neuorganisation des Arbeitszeitgesetzes unter Festhaltung des Achtstundentages und einen Abbau der Zwangsarbeit für Brotgetreide vor.

Der Reichsrat dieser Reformpläne hat die Sozialdemokratie im November vorigen Jahres abgelehnt. Andre, z. B. den Abbau der Zwangsarbeit für Brotgetreide, lehnte sie ab. Auch heute noch hält sie am dem Beschluß vom November 1922 fest, obwohl ihr das unter dem Rabinett Wirth mit sozialdemokratischen Ministern viel eher möglich war, als es heute der Fall ist. Aber zu vergessen ist nicht, daß die sozialdemokratische Reichsfraktion ihre Zustimmung zu einzelnen Reformplänen in der Note vom 14. November vor der Verwirklichung abgingen machte, daß durch währungs- und wirtschaftspolitische Maßnahmen eine Stabilisierung der inneren Verhältnisse erreicht wird. Nicht im geringsten war eine grundsätzliche Herrschaft des Staates von der präparierten Entente-erzeugung und Verteilung, wie sie in dem Angebot der In-

dustrie gefordert wird, gebadet. Kein Wort von dem Abbau der Außenhandelskontrolle, dem Abbau der Zwangsarbeiten und der Aufhebung aller Demobilisationsvorschriften, steht in der Note vom November vorigen Jahres. Nichts ist davon zu vernachlässigen, bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages im Interesse einzelner Industriellen eine Erhöhung der Tariffreiheit vorzunehmen.

Der wesentliche Unterschied zwischen der Note des Rabinetts Wirth und dem Angebot der Industrie ist der, daß damals den Ententemächten mit Rücksicht auf die Verhältnisse und unter der Voraussetzung einer Stabilisierung der Währungs-Konjunktur angeboten wurden, die von der Reparationskommission wiederholt verlangt worden sind, während jetzt die Industrie in Gewinnabsicht dem Reich eine Rechnung präsentiert, deren Bezahlung ihre „Opfer“ reichlich ausgleichen würde. Allein die Aufhebung der Außenhandelskontrolle, die praktisch auf einen Wegfall der Ausfuhrabgabe hinausläuft, würde der Industrie bei dem heutigen Dollarkurs von 70 000 indirekt fast mehr einbringen, als sie bereit ist, von ihren ungeheuren Gewinnen zu opfern. Die Sozialdemokratie handelt deshalb nur im Interesse der Allgemeinheit, wenn sie die Bedingungen des Reichsverbandes der Industrie ablehnt. Für diese patriotischen Pflichtgefühle von den christlichen Gewerkschaften verurteilt zu werden, schmerzt sie nicht!

Rheinheffen vor dem Brand

Aus Gessen wird uns geschrieben:

Der Brand, der eben im Ruhrgebiet zu verläufen beginnt, droht morgen in Rheinheffen mit noch stärkerer Kraft aufzuflockern. Von allen, die in diesen Tagen die besiegten Teile Hessens bereist haben, wird übereinstimmend bekundet, daß die Lage überaus kritisch ist. Ein „freier Aktionsausschuß der Erwerbslosen für den Bezirk Mainz“ hat in Tausenden von Flugblättern zur Solidarität mit den Kämpfern an der Ruhr aufgerufen. In einem besonderen Geheimbefehl des Aktionsausschusses wird beschlossen, unerschrocken Störtrupps zu bilden und sofort auf Mainz zu marschieren, wenn den Ortsgruppen durch besondere Ruriers das Signal dazu gegeben wird.

Wenn das Rabinett Cuno nicht schleunigst aus seinen wochenlangen Erdrückungen herauskommt und handelt, dann ist die Katastrophe nicht mehr zu vermeiden. Es geht um das Rheinland! Es geht um das Ruhrgebiet! Es geht um deutsches Land, das jahrelang dem schärfsten Druck der Weltmächte und monatlang schon dem blutigen Terror der Franzosen und Belgier standgehalten hat!

Seite 3
Theater
Luft
Preis
niigt.
ragen
reisten
geworfen,
m die
dat B mit
billiger ist.
sden-A.
Rathaus).
ld Höhle
andstr. 25
iederlage
und erbreiten
verle.
stiftel. (523)
stmitt.
r Volkszeitung
natur um
aten beim
l, Vangebrück
auf die
dresdner
Verle
s Werke
-Anstalt
Nr. 133
e.
lungen auf die
dresdner
ung, auf sämtl.
-Literatur und
s Bücher sowie
nimmt entgegen
era. Güterbr.
ungen auf die
r Volkszeitung
nterster u. d. d. d.
Druckaufträgen.
12. Bandlung
uränge
4000 M. an
u. Goldwaren
illigst 1500
und Rudolph
ettinerstr. 52.
e emlehen:
Die Fahrt
Unbekannte,
Sans Glöck.
Buchhanlung
ttinerplatz 10
1000 2111-1000